## S 37 AS 1123/18

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung -

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Grundsicherung für Arbeitsuchende –

endgültige Entscheidung nach vorläufiger

Leistungsbewilligung -

Einkommensberücksichtigung und

-berechnung - Bildung eines

Durchschnittseinkommens – Zufluss einmaliger Einnahmen neben laufenden Einnahmen – Überstundenvergütung –

Einkommen aus laufender Erwerbstätigkeit -

Absetzbeträge nach Einkommensart -

Berücksichtigung einmaliger Einnahmen erst

ab dem Folgemonat ihres Zuflusses

Leitsätze Auch bei abschließender Feststellung eines

Leistungsanspruchs nach vorläufiger

Bewilligung sind einmalige Einnahmen erst im

Folgemonat ihres Zuflusses zu

berücksichtigen.

Normenkette SGB II <u>§ 41a Abs 4 S 1</u> F: 2016-07-26; SGB II <u>§</u>

41a Abs 4 S 2 Nr 2 F: 2016-07-26; SGB II § 41a Abs 4 S 3 F: 2016-07-26; SGB II § 11 Abs 3 S 1; SGB II § 11 Abs 3 S 3; SGB II § 11b Abs 1 S 1 Nr 1; SGB II § 11b Abs 1 S 1 Nr 2; SGB II § 11b Abs 1 S 1 S 2;

SGB II § 11b Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen S 37 AS 1123/18

Datum 27.08.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 AS 173/19

Datum 27.01.2021

3. Instanz

Datum 18.05.2022

1. Auf die Revisionen der KlĤger wird das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 27. Januar 2021 geĤndert.

Der Beklagte wird verpflichtet, für den Monat Mai 2018 den abschlieÃ□enden Leistungsanspruch der Klägerin zu 1 auf 378,94 Euro, des Klägers zu 2 auf 338,94 Euro und der Klägerin zu 3 auf 132,63 Euro festzusetzen. Die Klägerin zu 1 hat fþr Mai 2018 98,49 Euro, der Kläger zu 2 88,11 Euro und die Klägerin zu 3 34,48 Euro an vorläufig gezahltem Arbeitslosengeld II bzw Sozialgeld zu erstatten.

Insoweit werden die Festsetzungs- und Erstattungsbescheide des Beklagten vom 14. August 2018 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 21. September 2018 geändert.

Im ̸brigen werden die Klagen gegen diese Bescheide abgewiesen und die Revisionen der Kläger zurückgewiesen.

- 2. Die Revision des Beklagten wird zurļckgewiesen.
- 3. Der Beklagte hat den Klägern 1/5 der auÃ∏ergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Â

 $G r \tilde{A}^{1/4} n d e$ :

I

Â

1

Im Streit steht die Höhe abschlieÃ□end festzustellender Leistungen nach vorläufiger Bewilligung von Alg II bzw Sozialgeld.

Â

2

Die KlĤgerin zu 1 und der KlĤger zu 2 sind miteinander verheiratet und Eltern der 2013 geborenen KlĤgerin zu 3; der am 25.6.2018 geborene Sohn ist im vorliegenden Verfahren nicht beteiligt. Der KlĤger war im streitbefangenen Zeitraum zunĤchst als Auszubildender zum BĤcker und ab 15.6.2018 als BĤcker in Vollzeit erwerbstĤtig.

Â

Die KlĤger bewohnten eine 69,5Å qm groà e Mietwohnung, für die 330,60Å Euro Grundmiete und 164Å Euro Vorauszahlungen für Betriebs- und Heizkosten zu leisten waren. Die KlĤgerin zu 1 erhielt 194Å Euro monatlich Kindergeld für die Klägerin zu 3; Kinder- und Elterngeld für den Sohn wurden erstmals im August 2018 gezahlt. Der Kläger zu 2 erzielte bis Mai 2018 ein monatliches Entgelt von 770Å Euro brutto (614,65Å Euro netto abzüglich weiterer 10Å Euro monatlich für Arbeitskleidung) und im Juni von 1580,34Å Euro brutto (netto 1164,73Å Euro abzüglich weiterer 15,66Å Euro für Arbeitskleidung), das jeweils im Folgemonat ausgezahlt wurde. Im Mai 2018 floss dem Kläger zu 2 zudem die Vergütung für 242,36 geleistete à berstunden von brutto 1805,58Å Euro (netto 1441,29Å Euro) zu.

Â

4

Der Beklagte bewilligte den KlĤgern wegen schwankenden Erwerbseinkommens Alg II bzw Sozialgeld jeweils nur vorläufig (Bewilligungszeitraum Februar bis Juli 2018; Bescheid vom 24.1.2018; ̸nderungsbescheide vom 19.2.2018 und 2.8.2018, letzterer nur f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r Juni 2018), f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r Februar bis Mai 2018 1071,59 $\hat{A}$  Euro und für Juni 1108,97 Euro (jeweils Summe der Einzelansprüche). Abschlie̸end bewilligte der Beklagte für Februar bis April 2018 917,81Â Euro, für Mai 693,59 Euro und für Juni 730,98Â Euro (Bescheid vom 14.8.2018; Widerspruchsbescheid vom 21.9.2018). Er verlangte insgesamt erstattet 1217,33Â Euro (zwei weitere Bescheide vom 14.8.2018; zwei weitere Widerspruchsbescheide vom 21.9.2018), für Mai 2018 von der Klägerin zu 1 168,41 Euro, dem Kläger zu 2 150,64 Euro und der Klägerin zu 3 58,95 Euro. Seiner Berechnung legte der Beklagte für Februar bis Mai 2018 monatlich Bedarfe iHv 1546,19 Euro, für Juni 2018 iHv 1583,57Â Euro (jeweils Summe der Einzelbedarfe) und ein aus dem laufenden Arbeitsentgelt gebildetes Durchschnittseinkommen zugrunde. Die im Mai 2018 gezahlte ̸berstundenvergütung rechnete er ab Mai iHv je 224,22Â Euro an.

Â

5

Das SG hat die gegen die Festsetzungs- und Erstattungsbescheide gerichteten Klagen zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden und den Beklagten unter Ã□nderung der angefochtenen Bescheide und Klageabweisung im Ã□brigen verurteilt, der Klägerin zu 1 weitere Leistungen fþr Februar bis April 2018 iHv jeweils 23,94 Euro, fþr Mai 2018 von 123,84 Euro und fþr Juni 2018 von 33,57 Euro, dem Kläger zu 2 fþr Februar bis April 2018 jeweils von 21,41 Euro, fþr Mai 2018 von 110,76 Euro und fþr Juni 2018 von 30,11 Euro und der Klägerin zu 3 fþr Februar bis April 2018 von 8,38 Euro, fþr Mai 2018 von 43,35 Euro und für Juni 2018 von 11,74 Euro zu gewähren und hat

entsprechend die jeweiligen Erstattungsforderungen verringert (*Urteil vom 27.8.2019*). Seiner Berechnung hat es, anders als der Beklagte, wegen des aus seiner Sicht anzuwendenden <u>§Â 41a Abs 4 Satz 2 Nr 2 SGB II</u> aF im Rahmen der abschlieÄ enden Feststellung des Leistungsanspruchs kein Durchschnittseinkommen, sondern das tatsà chlich im jeweiligen Monat erzielte Einkommen zugrunde gelegt. Die im Mai 2018 zugeflossene Ä berstundenvergà tung hat es als einmalige Einnahme in Anwendung des <u>§Â 11 Abs 3 Satz 3 SGB II</u> ab Juni 2018 monatlich anteilig (iHv 201,88 Euro) berà 4cksichtigt. Die Regelung sei auch bei abschlieà ender Festsetzung nach vorlà ufiger Bewilligung anzuwenden.

Â

6

Auf die Berufung des Beklagten hat das LSG das Urteil aufgehoben, soweit es die Monate Februar bis April 2018 betrifft. FÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r Mai hat das LSG das Urteil des SG geändert und den Beklagten unter Zurückweisung der Berufung im Ã∏brigen verurteilt, der KlĤgerin zu 1 weitere Leistungen iHv 66,60 Euro, dem KlĤger zu 2 iHv 59,57 Euro und der Klägerin zu 3 iHv 23,31Â Euro zu bewilligen und die Erstattungsforderungen entsprechend verringert (Urteil vom 27.1.2021). Zur Begründung seiner Entscheidung hat das LSG ua ausgeführt, der Berechnung des Einkommens sei je Einkommensart ein Durchschnittseinkommen zugrunde zu legen. Die ̸berstundenvergütung sei als einmalige Einnahme, anders als dies das SG gesehen habe, zunÄxchst nach <u>§Â 11 Abs 3 Satz 2 SGBÂ II</u> auf sechs Monate zu verteilen und habe daher in keinem Monat den Leistungsanspruch entfallen lassen. Daher sei <u>§Â 41a Abs 4 Satz 2 Nr 2 SGBÂ II</u> aF nicht einschlÄxgig. Vor der Verteilung der einmaligen Einnahme sei diese nach §Â 11b Abs 1 Satz 2 SGB II zu bereinigen. Bei abschlieÃ∏ender Berechnung nach der Bedarfsanteilsmethode ergäben sich für die Kläger für Februar bis April 2018 keine weiteren Ansprüche; der Beklagte habe bereits höhere vorläufige Leistungen bewilligt. Für Mai und Juni 2018 ergäben sich jeweils höhere Leistungen als abschlie̸end festgestellt, wobei für Juni eine Korrektur zugunsten der Klauger ausscheide, da nur der Beklagte Berufungsklauger sei.

Â

7

Kläger und Beklagter wenden sich mit ihren vom LSG zugelassenen Revisionen gegen die Entscheidung des LSG und rýgen die Verletzung materiellen Rechts.

Â

8

Die KlĤger beantragen, das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 27. Januar 2021 aufzuheben, die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Oldenburg vom 27. August 2019 sowie dessen Revision gegen das benannte Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen zurýckzuweisen.

Â

9

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 27. Januar 2021 aufzuheben, soweit die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Oldenburg vom 27. August 2019 zurÃ⅓ckgewiesen wurde und der Beklagte in Abänderung des Festsetzungsbescheids vom 14. August 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 21. September 2018 fÃ⅓r den Monat Mai 2018 verpflichtet wurde, abschlieÃ□ende Leistungen fÃ⅓r die Klägerin zu 1 höher als 366,69 Euro, fÃ⅓r den Kläger zu 2 höher als 327,99 Euro und fÃ⅓r die Klägerin zu 3 höher als 129,57 Euro festzusetzen und die Erstattungsbescheide vom 14. August 2018 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 21. September 2018 teilweise aufgehoben wurden, soweit die Erstattungsbeträge fÃ⅓r den Monat Mai 2018 fÃ⅓r die Klägerin zu 1 auf weniger als 110,74 Euro, fÃ⅓r den Kläger zu 2 auf weniger als 99,06 Euro und fÃ⅓r die Klägerin zu 3 auf weniger als 37,54 Euro reduziert wurden sowie die Revisionen der Kläger zurÃ⅓ckzuweisen.

Â

10

Zur Begründung trägt der Beklagte ua vor, er begrenze seine Revision entsprechend der gestellten Anträge auf den Monat Mai 2018. Er teile die Auffassung des LSG nicht, wonach §Â 11 Abs 3 Satz 3 SGB II auch bei einer abschlieÃ□enden Entscheidung nach §Â 41a SGB II zur Anwendung komme. Vielmehr sei davon auszugehen, dass der Monat des Zuflusses auch der erste Monat des Verteilzeitraums sei. Im Ã□brigen seien die Freibeträge nach §Â 11b Abs 2 und 3 SGB II erst nach der Verteilung des Einkommens auf die einzelnen Monate in Abzug zu bringen. Folge man seiner Berechnungsweise, stünden den Klägern die im Antrag genannten Mehrbeträge zu, nicht aber die vom SG und LSG ausgeurteilten, höheren Beträge und wären daher auch entsprechend höhere Erstattungsbeträge zu verlangen.

Â

Ш

Â

11

Die Revisionen der Kl $\tilde{A}$ xger sind teilweise begr $\tilde{A}$ y4ndet, die Revision des Beklagten ist unbegr $\tilde{A}$ y4ndet.

Â

12

1. Gegenstand des Revisionsverfahrens sind neben den vorinstanzlichen Entscheidungen die Bescheide vom 14.8.2018 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 21.9.2018, mit denen der Beklagte die Leistungen für den Bewilligungszeitraum Februar bis Juli 2018 abschlieÃ□end festgesetzt und vorläufig gezahltes Alg II bzw Sozialgeld erstattet verlangt hat, soweit es den von ihm errechneten abschlie̸enden Leistungsanspruch übersteigt. Zeitlich ist der Gegenstand des Verfahrens nach dem bereits vor dem SG beschrĤnkten Klageantrag auf die Monate Februar bis Juni 2018 begrenzt. Der Beklagte wiederum hat sein Rechtsmittel im Revisionsverfahren zeitlich auf den Monat Mai 2018 und in der Sache darauf beschrämnkt, dass er gegenä¼ber den Klämgern nicht verpflichtet ist, abschlie̸end höhere Leistungen als in seinem Revisionsantrag beziffert festzusetzen. Dementsprechend hat er die mit den Erstattungsbescheiden vom 14.8.2018 geltend gemachten Erstattungsforderungen reduziert. In diesem Vorbringen liegt zugleich eine auch im Revisionsverfahren zulĤssige höhenmäÃ∏ige Begrenzung des Streitgegenstands (§Â 168 Satz 1, §Â 99 Abs 3 Nr 2 SGG). In der Sache ist die Revision beschränkt auf Ansprüche der KIäger zu 1 bis 3; für den im Juni 2018 geborenen Sohn, der ab seiner Geburt Mitglied der Bedarfsgemeinschaft der KlÄzger wurde, ist Klage nicht erhoben worden.

Â

13

2. Verfahrenshindernisse stehen einer Sachentscheidung des Senats nicht entgegen. Die Kläger verfolgen ihr Klageziel, das auf die Abänderung der abschlieÃ□enden Entscheidung gerichtet ist, soweit Leistungen in geringerer Höhe als vorläufig bewilligt festgestellt worden sind, zutreffend mit der kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage (§Â 54 Abs 1 Satz 1 Alt 1 und 2, §Â 56 SGG; vgl dazu zuletzt BSG vom 11.11.2021 â□□ B 14 AS 41/20 R â□□ juris). Da nur der Beklagte Berufung gegen das der Klage teilweise stattgebende Urteil des SG eingelegt hat, sind mögliche Ansprù/₄che der Kläger auch bei einem vollen Erfolg im Revisionsverfahren höhenmäÃ□ig begrenzt auf die Beträge, die das SG ausgeurteilt hat. Gegen die Erstattungsbescheide wenden sich die Kläger mit der Anfechtungsklage (§Â 54 Abs 1 SGG).

Â

14

3. Rechtsgrundlage fýr den Anspruch der Kläger auf Alg II bzw Sozialgeld sind

§Â§Â 19 ff und <u>§Â§Â 7</u> ff SGB II in der ab dem 1.1.2018 geltenden Fassung des SGB II, die es durch das Bundesteilhabegesetz vom 23.12.2016 erhalten hat (BGBI I 3234; Geltungszeitraumprinzip, vgl nur BSG vom 19.10.2016 â∏ <u>B 14 AS 53/15 R</u> â∏☐ SozR 4â∏☐4200 §Â 11 Nr 78 RdNr 14 f). Die 1992 geborene KIägerin zu 1 und der ebenfalls 1992 geborene KIäger zu 2 leben zusammen in einer Bedarfsgemeinschaft (§Â 7 Abs 3 Nr 1, 3a, 4 SGB II) mit ihrer minderjährigen Tochter, der 2013 geborenen KIägerin zu 3, sind erwerbsfähig und haben ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland (<u>§Â 7 Abs 1 Satz 1 Nr 2</u> und 4 SGB II). Ausschlusstatbestände nach <u>§Â 7 Abs 4</u>, 4a oder 5 SGB II lagen nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG nicht vor. Mit seiner Geburt am 25.6.2018 wurde zudem der Sohn F Mitglied der Bedarfsgemeinschaft, der aber am Klageverfahren nicht beteiligt ist.

Â

15

Die KlĤger waren hilfebedürftig (§Â 7 Abs 1 Satz 1 Nr 3, §Â 9 Abs 1 und 2 SGB II), denn sie waren in keinem Monat des streitbefangenen Zeitraums in der Lage, ihren Bedarf (Regelbedarfe gemäÃ∏ §Â 20 SGB II, fþr die Klägerin zu 1 Mehrbedarf fþr werdende Mþtter gemäÃ∏ §Â 21 Abs 2 SGB II in der bis 31.12.2020 geltenden Fassung der Neubekanntmachung des SGB II vom 13.5.2011, BGBl I 850, sowie Bedarfe fþr Unterkunft und Heizung gemäÃ∏ §Â 22 SGB II) aus eigenem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen vollständig zu decken. Die Klägerin zu 3 hat als minderjähriges, dem Haushalt der Klägerin zu 1 und des Klägers zu 2 angehörendes Kind einen Anspruch auf Sozialgeld (§Â 7 Abs 3 Nr 4, §Â§Â 19 Abs 1 Satz 2, 23 SGB II), weil sie mit Ausnahme des Kindergelds iHv 194 Euro ihren Lebensunterhalt ebenfalls nicht aus eigenem Einkommen bestreiten konnte.

Â

16

4. In verwaltungsverfahrensrechtlicher Hinsicht ist Grundlage für die abschlieÃ□ende Entscheidung §Â 41a SGB II in der hier noch anwendbaren, ab 1.8.2016 bis 31.3.2021 geltenden Fassung (im Folgenden: aF) des Neunten Gesetzes zur Ã□nderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch â□□ Rechtsvereinfachung â□□ sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.7.2016 (Rechtsvereinfachungsgesetz, BGBl I 1824). Nach §Â 41a Abs 3 Satz 1 SGB II aF entscheiden die Träger der Grundsicherung fþr Arbeitsuchende abschlieÃ□end þber den monatlichen Leistungsanspruch, sofern die vorläufig bewilligte Leistung nicht der abschlieÃ□end festzustellenden entspricht. Bei der abschlieÃ□enden Feststellung des Leistungsanspruchs ist nach §Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II aF als Einkommen ein monatliches Durchschnittseinkommen zugrunde zu legen, soweit keine Ausnahmetatbestände nach §Â 41a Abs 4 Satz 2 SGBÂ II aF vorliegen. Als

monatliches Durchschnittseinkommen ist nach <u>§Â 41a Abs 4 Satz 3 SGB II</u> aF für jeden Kalendermonat im Bewilligungszeitraum der Teil des Einkommens zu berücksichtigen, der sich bei der Teilung des Gesamteinkommens im Bewilligungszeitraum durch die Anzahl der Monate im Bewilligungszeitraum ergibt. Dabei erfasst <u>§Â 41a Abs 4 SGBÂ II</u> aF alle Arten von Einkommen im Bewilligungszeitraum und bezieht alle Monate des Bewilligungszeitraums in die Bildung des Durchschnittseinkommens ein (*vgl BSG vom 11.7.2019 â*∏ <u>BÂ 14Â AS 44/18Â R</u>Â â∏ *SozR 4â*∏4200 §Â 41a Nr 2 RdNr 18 ff). Rechtsgrundlage für die geltend gemachten Erstattungsforderungen bildet <u>§Â 41a Abs 6 Satz 3 SGB II</u> aF, wonach Ã∏berzahlungen zu erstatten sind.

Â

17

5. Die Voraussetzungen des <u>§Â 41a Abs 3 Satz 1 SGB II</u> aF fÃ⅓r eine abschlieÃ□ende Bewilligung nach vorläufiger Leistung liegen vor. Zutreffend ist der Beklagte davon ausgegangen, dass die abschlieÃ□end festzustellenden Leistungen von den vorläufigen Leistungen abweichen; dies folgt bereits aus der im Mai 2018 nachgezahlten Ã□berstundenvergÃ⅓tung, die Einkommen iS des <u>§Â 11 SGB II</u> darstellt, und gleichgÃ⅓ltig, wie diese Nachzahlung im streitbefangenen Zeitraum zu verteilen ist, zu einer Ã□nderung der vorläufig bewilligten Leistungen fÃ⅓hrt.

Â

18

6. Bei der Berechnung der abschlie̸end festzustellenden Leistung nach <u>§Â 41a</u> Abs 4 Satz 1 SGBÂ II aF ist als Einkommen ein monatliches Durchschnittseinkommen zugrunde zu legen. Im Ergebnis der für diese rechtliche Beurteilung erforderlichen Prüfung der Hilfebedürftigkeit in jedem Monat des Bewilligungszeitraums liegt kein Ausnahmetatbestand nach <u>§Â 41a Abs 4 Satz 2</u> SGBÂ II aF vor (7.). Vom Durchschnittseinkommen aus laufendem Arbeitsentgelt ist sodann eine Einkommensbereinigung nach <u>§Â 11b SGBÂ II</u> vorzunehmen (8.). Die Bereinigung des einmaligen Einkommens folgt auch im Anwendungsbereich des <u>§Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II</u> aF der Regelung in <u>§Â 11b Abs 1 Satz 2 SGBÂ II</u> (9.). Unter Berýcksichtigung des <u>§Â 11 Abs 3 Satz 3 SGBÂ II</u> ist auch bei abschlieÃ⊓ender Feststellung eines Leistungsanspruchs nach vorläufiger Bewilligung das anteilige Einkommen aus der nachgezahlten ̸berstundenvergütung erst ab dem dem Zuflussmonat folgenden Monat in die Bildung des Gesamteinkommens nach §Â 41a Abs 4 Satz 3 SGBÂ II aF einzustellen und insoweit bei der Berechnung des Durchschnittseinkommens nach §Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II aF zu berücksichtigen (10.). Das danach gebildete Durchschnittseinkommen war in keinem der streitbefangenen Monate bedarfsdeckend. Ein weiterer Leistungsanspruch der KlĤger besteht angesichts der bereits erbrachten, ihren Bedarf übersteigenden vorläufigen Leistungen jedoch nicht (11.).

Â

19

7. Nach <u>§Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II</u> aF ist bei der abschlieÃ□enden Feststellung des Leistungsanspruchs nach <u>§Â 41a Abs 3 SGB II</u> im Grundsatz als Einkommen ein monatliches Durchschnittseinkommen zugrunde zu legen. <u>§Â 41a Abs 4 SGB II</u> aF enthält insoweit eine Abweichung vom sog Monatsprinzip, aus dem in ständiger Rechtsprechung ua für die <u>§Â§ 11</u> ff SGB II folgt, dass Einkommen in der Höhe zu berücksichtigen ist, wie es im jeweiligen Monat zuflieÃ□t und als sog bereites Mittel zur Verfügung steht (zum Ganzen BSG vom 11.7.2019 â□□ <u>B 14 AS 44/18 R</u> â□□ SozR 4â□□4200 §Â 41a Nr 2 RdNr 29 ff).

Â

20

a) Nach §Â 11 Abs 1 Satz 1 SGB II sind als Einkommen zu berücksichtigen Einnahmen in Geld (oder Geldeswert) abzüglich der nach §Â 11b SGB II abzusetzenden Beträge und mit Ausnahme der in §Â 11a SGB II genannten Einnahmen. Dabei ist Einkommen iS des §Â 11 Abs 1 SGB II nach der ständigen Rechtsprechung der für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Senate des BSG grundsätzlich alles das, was jemand nach der Antragstellung wertmäÃ□ig dazu erhält und Vermögen das, was der Leistungsberechtigte vor der Antragstellung bereits hatte. Danach hat der Beklagte bei seiner Berechnung zutreffend als Einkommen neben dem für die Klägerin zu 3 gezahlten Kindergeld (§Â 11 Abs 1 Satz 5 SGB II, §Â 7 Abs 3 Nr 4 SGB II) sowohl das monatlich laufende Erwerbseinkommen des Klägers als auch die nachgezahlte Ã□berstundenvergütung, die im Mai 2018 zugeflossen ist, berücksichtigt.

Â

21

b) Ebenfalls zutreffend sind der Beklagte und ihm folgend das LSG davon ausgegangen, dass fýr die Einkommensberechnung ein Durchschnittseinkommen nach MaÃ∏gabe des §Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II aF zu bilden ist, weil ein Ausnahmetatbestand nach §Â 41a Abs 4 Satz 2 SGB II aF, insbesondere der vorliegend allein in Betracht kommende Tatbestand des §Â 41a Abs 4 Satz 2 Nr 2 SGB II aF, nicht vorliegt. Danach ist kein monatliches Durchschnittseinkommen zu bilden (also das jeweilige Einkommen im Monat seines â∏ normativen â∏ Zuflusses in tatsächlicher Höhe zu berücksichtigen), soweit der Leistungsanspruch in mindestens einem Monat des Bewilligungszeitraums durch das zum Zeitpunkt der abschlieÃ∏enden Feststellung nachgewiesene zu berücksichtigende Einkommen entfäIIt. Dies ist allerdings auch unter Berücksichtigung der im Mai 2018 nachgezahlten Ã∏berstundenvergütung nicht der Fall.

Â

22

c) Unter systematischen Gesichtspunkten nimmt §Â 41a Abs 4 Satz 2 Nr 2 SGB II aF Bezug auf ein bereits nach Satz 1 gebildetes Durchschnittseinkommen, bildet also eine Rückausnahme vom dort geregelten Grundsatz. In diesem Fall gilt also wieder das auÃ∏erhalb des §Â 41a SGB II zur Anwendung kommende sog Zuflussprinzip. §Â 41a Abs 4 Satz 2 Nr 2 SGB II aF erfasst damit nur die FäIIe, in denen das nach §Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II aF nach den allgemeinen Regelungen der §Â§Â 11 ff SGB II gebildete Durchschnittseinkommen in mindestens einem Monat den Leistungsanspruch würde entfallen lassen (Kallert in Gagel SGB II/SGB III, §Â 41a SGB II RdNr 93, Stand März 2017; vgl BT-Drucks 18/8041 S 54 zu Absatz 4; unklar Hengelhaupt in Hauck/Noftz SGB II, §Â 41a RdNr 393 einerseits, 396 andererseits, Stand August 2020; aA wohl Grote-Seifert in jurisPKâ∏SGB II §Â 41a RdNr 61, Stand 5.4.2022). Dies ist hier jedoch nicht der Fall (dazu 11.).

Â

23

8. a) Die im Rahmen des <u>§Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II</u> aF durchzufýhrende Bildung eines Durchschnittseinkommens erfasst im Grundsatz alle Einkommensarten und alle Monate des Bewilligungszeitraums. Es ist je Einkommensart ein Durchschnittseinkommen zu berechnen und abschlieà end das Durchschnittseinkommen um die Absetzbeträge nach <u>§Â 11b SGBÂ II</u> zu bereinigen (BSG vom 11.7.2019 â A BÂ 14Â AS 44/18Â RÂ â SOZR 4Â A DI SOZR 4Â A DI SOZR 4Â A DI SOZR 4Â DI

Â

24

b) Fýr die Berechnung des durchschnittlichen laufenden Erwerbseinkommens fýr die Monate des Bewilligungszeitraums Februar bis Juli 2018 (unabhängig davon, dass Juli 2018 nicht streitbefangen ist) ist von einem Bruttoeinkommen in den Monaten Januar bis Mai 2018 von 770 Euro, im Juni von 1580,34 Euro, also insgesamt 5430,34 Euro brutto auszugehen. Daraus errechnet sich ein monatliches Durchschnittseinkommen von brutto 905,06 Euro. Dieses durchschnittliche Bruttoeinkommen ist um die Absetzbeträge nach §Â 11b SGB II zu bereinigen. Abzuziehen sind zum einen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge (§Â 11b Abs 1 Satz 1 Nr 1 und 2 SGB II), sodass sich ein Gesamt-Nettoarbeitsentgelt von 4237,98 Euro errechnet. Unter weiterer Berücksichtigung der vom Arbeitgeber vom Lohn einbehaltenen Beträge für die Arbeitskleidung (10 Euro bzw 15,66 Euro), die nicht als bereite Mittel zur Deckung des Lebensunterhalts zur Verfügung stehen, ist im Folgenden von einem Gesamteinkommen von 4172,32Â Euro auszugehen, also von monatlich

695,39Â Euro.

Â

25

Neben dem Grundfreibetrag des <u>§Â 11b Abs 2 Satz 1 SGB II</u> von 100 Euro sind von dem (Brutto) Einkommen, das 100 Euro <u>übersteigt</u> (805,06 Euro), weitere 20 % nicht als Einkommen zu berücksichtigen (161,01 Euro). Daraus errechnet sich ein bereinigtes durchschnittliches laufendes Einkommen aus Erwerbstätigkeit von 434,38Â Euro monatlich.

Â

26

9. a) Bei der nachgezahlten und im Mai 2018 zugeflossenen ̸berstundenvergütung handelt es sich um eine einmalige Einnahme nach <u>§Â 11 Abs 3 Satz 1</u> und 2 SGB II. Als einmalige Einnahmen iS des <u>§Â 11</u> Abs 3 Satz 1 SGBÂ II sind solche Einnahmen zu verstehen, bei denen sich das Geschehen im Wesentlichen in einer einzigen Leistung erschäfigft (so grundlegend BSG vom 27.1.1977  $\hat{a} \sqcap \Pi \hat{A} = \frac{17}{76} \hat{A} \hat{a} \sqcap \Pi = \frac{134}{134} = \frac{134}{134$ Nr 6), sie also nicht wiederkehrend sind. Als Reaktion auf frýhere Rechtsprechung des BSG, wonach Nachzahlungen laufend fÄxllig gewesener Einnahmen (zu denen auch die dem Kläger gezahlte Ã∏berstundenvergütung zÃxhlt) als laufendes Einkommen anzusehen waren (BSG vom 24.4.2015 dem Neunten Gesetz zur Ä\(\text{n}\)nderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A}$  Rechtsvereinfachung $\hat{A}$   $\hat{a} \sqcap \sqcap$  sowie zur vor $\tilde{A}^{1/4}$ bergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.7.2016, BGBIA I 1824) §A 11 AbsA 3 SatzA 2 SGB II eingeführt worden. Danach gehören Nachzahlungen, die nicht für den Monat des Zuflusses erbracht werden, zu den einmaligen Einnahmen. Dadurch sollen Nachzahlungen wie sonstige einmalige Einnahmen behandelt werden (BT-Drucks 18/8041 SÂ 33).

Â

27

b) §Â 11b Abs 1 Satz 2 SGB II, wonach bei der Verteilung der einmaligen Einnahme nach §Â 11 Abs 3 Satz 4 SGB II die auf die einmalige Einnahme im Zuflussmonat entfallenden Beträge nach §Â 11b Abs 1 Satz 1 Nr 1, 2, 5 und 6 SGB II vorweg (also vor der Verteilung) abzusetzen sind, ist nach Sinn und Zweck der Regelung auch im Rahmen des §Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II aF zu beachten. §Â 11b Abs 1 Satz 2 SGB II ist mit dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Ã☐nderung des Zweiten und ZwöIften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.3.2011 zum 1.1.2011 (BGBl I 453) eingeführt worden. Zur Begründung hat der Entwurfsgeber (BT-Drucks 17/3404 S 95) ausgeführt,

Â

28

Â

29

c) Das einmalige Einkommen iHv 1805,58 Euro brutto ist danach zunächst nach <u>§Â 11b Abs 1 Satz 2 SGB II</u> um Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ( <u>§Â 11b Abs 1 Satz 1 Nr 1</u> und 2 SGBÂ II) zu bereinigen, sodass sich ein Einkommen iHv 1441,29Â Euro netto errechnet.

Â

30

d) Da Absetzbeträge nach Nr 5 von den Klägern nicht geltend gemacht worden sind, ist nach <u>§Â 11b Abs 1 Satz 2, Abs 1 Satz 1 Nr 6</u> iVm Abs 3 SGB II zudem der erhöhte Erwerbstätigenfreibetrag abzusetzen, und zwar, anders als das LSG, in vollem Umfang und nicht nur anteilig in Höhe dessen, was beim

laufenden Erwerbseinkommen nicht bereits â∏verbrauchtâ∏ worden ist. Für eine nur anteilige Berücksichtigung findet sich in §Â 11b Abs 1 Satz 1 Nr 6 SGB II, der uneingeschränkt auf Abs 3 verweist, bereits nach dem Wortlaut der Regelung kein Anhaltspunkt. Auch Sinn und Zweck der Regelung des §Â 11b Abs 1 Satz 2 SGB II, die nur eine mehrfache Berücksichtigung von Absetz- und Freibeträgen auf dasselbe Einkommen vermeiden will, gebieten insoweit kein einschränkendes Normverständnis, da es sich beim laufenden und einmaligen Einkommen gerade nicht um das gleiche Einkommen handelt. Nicht zuletzt spricht auch die mit den Freibeträgen verbundene Anreizfunktion (vgl dazu auch BSG vom 29.3.2022 â∏ B 4 AS 24/21 R â∏ Terminbericht) fÃ⅓r die vollständige BerÃ⅓cksichtigung des Freibetrags nach Abs 3 beim Vorwegabzug. Damit sind 180 Euro (Abs 3 Satz 2 Nr 1) und weitere 50 Euro nach §Â 11b Abs 3 Satz 2 Nr 2 iVm Abs 3 Satz 3 SGBÂ II abzusetzen, woraus sich einmaliges Einkommen iHv 1211,29Â Euro errechnet.

Â

31

e) Berücksichtigt man zusätzlich das Einkommen aus laufender Erwerbstätigkeit, gleichgültig ob im Zuflussmonat (§Â 11 Abs 3 Satz 1 SGB II) der einmaligen Einnahme im Mai oder im Folgemonat Juni (§Â 11 Abs 3 Satz 3 SGB II), würde der Leistungsanspruch der Kläger bei einem zu berücksichtigenden Gesamteinkommen im Mai 2018 von 1581,95 Euro (770 Euro brutto bzw 614,65 Euro netto â□□ 10 Euro â□□ 100 Euro â□□ 134 Euro = zu berücksichtigendes laufendes Einkommen monatlich 370,65 Euro + 1211,29 Euro) vollständig entfallen. Dies gilt erst recht unter Berücksichtigung des deutlich höheren Einkommens der Kläger im Juni 2018.

Â

32

Der Gesamtbedarf der KlĤger belief sich im Mai 2018 auf 1352,18Å Euro monatlich (Regelbedarf für den Kläger und die Klägerin zu 1 von je 374Å Euro, zuzüglich des Mehrbedarfs nach §Â 21 Abs 2 SGB II von 63,58 Euro, Regelbedarf für die Klägerin zu 3 von 240Å Euro abzüglich des Kindergelds von 194Å Euro; Grundmiete 330,60Å Euro, Neben-/Heizkosten 164Å Euro). Für die Bedarfsberechnung im Juni 2018 ist zu differenzieren. Da am 25.6.2018 der Sohn der Klägerin zu 1 und des Klägers zu 2 geboren und Mitglied der Bedarfsgemeinschaft der Kläger wurde, also ab dem Tag der Geburt auch dessen Bedarf anteilig bei der Einkommensverteilung zu berücksichtigen ist (dies gilt unabhängig davon, ob er im vorliegenden Verfahren beteiligt ist oder nicht), errechnet sich ein zeitanteiliger Gesamtbedarf der Kläger für die Zeit vom 1.6. bis 24.6.2018 von 1081,74Å Euro (24/6 ihres rechnerischen Monatsbedarfs von 1352,18Å Euro). Für die Zeit vom 25. bis 30.6.2018 erhöht sich der monatliche Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft durch die Geburt des Sohnes auf 1722,60Å Euro (Regelbedarfe der Eltern je 374Å Euro; Regelbedarfe der Klägerin

zu 3 und ihres Bruders von je 240 Euro, insgesamt 1291,60 Euro, zuzüglich Kosten für Unterkunft und Heizung, insgesamt 494,60 Euro). Abzüglich des für die Klägerin zu 3 gezahlten Kindergelds verbleibt ein ungedeckter Bedarf von 1528,60 Euro. Daraus errechnet sich ein zeitanteiliger Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft von 305,72 Euro (1528,60 Euro : 30 Tage x 6), dh ein Gesamtbedarf im Juni iHv 1387,46 Euro. Da also in beiden Monaten der Leistungsanspruch bei der Berücksichtigung der einmaligen Einnahme vollständig entfallen würde, ist die einmalige Einnahme nach §Â 11 Abs 3 Satz 4 SGB II auf sechs Monate zu verteilen, dh mit je 201,88 Euro zu berücksichtigen.

Â

33

10. a) Das Einmaleinkommen ist erst ab dem Folgemonat des Zuflussmonats bedarfsmindernd zu berýcksichtigen. §Â 11 Abs 3 Satz 3 SGB II findet bereits nach seinem Wortlaut auch im Fall der abschlieÃ□enden Feststellung des Leistungsanspruchs nach vorläufiger Bewilligung Anwendung. Danach werden, sofern fÃ⅓r den Monat des Zuflusses bereits Leistungen ohne BerÃ⅓cksichtigung der einmaligen Einnahme erbracht worden sind, diese (erst) im Folgemonat berÃ⅓cksichtigt. Leistungen sind auch im Fall der vorläufigen Bewilligung zur Sicherstellung existenzieller Bedarfe erbracht, also tatsächlich gezahlt. Ob in einem weiteren Schritt Leistungen abschlieÃ□end höher oder niedriger festzustellen sind als vorläufig bewilligt und erbracht, ist im Anwendungsbereich des §Â 11 Abs 3 Satz 3 SGB II ohne Bedeutung und folgt den (eigenen) Regeln des §Â 41a SGB II. Insoweit gilt nichts anderes als bei bereits endgÃ⅓ltig erbrachten Leistungen, die bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen ggf auch nach den §Â§Â 45, 48, 50 SGB X ganz oder teilweise zurÃ⅓ckgefordert werden können.

Â

34

b) Systematische Gesichtspunkte stützen das Ergebnis. Ist im Anwendungsbereich des §Â 41a Abs 4 Satz 1 SGB II aF nach den allgemeinen Regelungen der §Â§Â 11 ff SGB II die Frage zu beantworten, in welchem Umfang Einmaleinkommen in die Berechnung einzustellen, was also als â□□Gesamteinkommen im Bewilligungszeitraumâ□□ (§Â 41a Abs 4 Satz 3 SGB II aF) zu verstehen ist, wird dies auch durch den in §Â 11 Abs 3 Satz 1 und 3 SGB II bestimmten Beginn des jeweiligen Verteilzeitraums beeinflusst. Beginnt der Verteilzeitraum, wie der Beklagte meint, bereits mit dem Zuflussmonat Mai 2018 nach §Â 11 Abs 3 Satz 1 SGB II, wären 3/6 des zu berücksichtigenden Einmaleinkommens (fÃ⅓r die Monate Mai, Juni und Juli 2018 im Bewilligungszeitraum), bei Anwendung des Satzes 3, der insoweit eine Abweichung vom Zuflussprinzip vorsieht, nur 2/6 (fÃ⅓r Juni und Juli 2018) in die Bildung des Gesamteinkommens nach §Â 41a Abs 4 Satz 3 SGB II aF

einzustellen.
Â
35
c) Dass $\hat{A}$ § $\hat{A}$ 11 Abs $\hat{A}$ 3 Satz $\hat{A}$ 3 SGB $\hat{A}$ II der Verwaltungsvereinfachung dienen soll, die bei abschlie $\hat{A}$ $\square$ ender Feststellung eines Leistungsanspruchs ggf ins Leere geht, rechtfertigt keine teleologische Einschr $\hat{A}$ $\times$ nkung des Anwendungsbereichs der Regelung in F $\hat{A}$ $\times$ llen, in denen im Ergebnis die Verschiebung des Beginns des Verteilzeitraums auf den Folgemonat des Zuflussmonats keine Verwaltungsvereinfachung bringt ( $vgl$ $zu$ $\hat{A}$ $\hat{A}$ 0 41a Abs $\hat{A}$ 4 SGB $\hat{A}$ 1 II $aF$ ; $aF$ 1 BSG $aF$ 3 11.7.2019 $aF$ 3 $aF$ 4 $aF$ 4 AS 44/18 $aF$ 4 $aF$ 3 $aF$ 5 SozR 4 $aF$ 1 $aF$ 6 Alg
Â
36
d) Daraus folgt, dass nach <u>§ 41a Abs 4 Satz 3 SGB II</u> aF Einmaleinkommen iHv insgesamt 403,76 Euro (201,88 Euro x 2 Monate des Verteilzeitraums im Bewilligungszeitraum), dh iHv monatlich 67,29 Euro (403,76 Euro : 6 ) in die Bildung des Gesamteinkommens einzustellen ist.
Â
37
11. In dem vom Beklagten im Revisionsverfahren allein noch verfolgten Monat Mai 2018 errechnet sich unter Berýcksichtigung der unter 9. e) im Einzelnen aufgeführten Bedarfe der Kläger ein Erstattungsanspruch des Beklagten gegenüber der Klägerin zu 1 von 98,49 Euro, des Klägers zu 2 von 88,11 Euro und der Klägerin zu 3 von 34,48 Euro.
Â
38
a) Unter Berücksichtigung durchschnittlich laufenden Einkommens von 434,38 Euro monatlich und 67,29 Euro monatlich anteiligen einmaligen Einkommens errechnet sich ein monatliches Gesamteinkommen im Bewilligungszeitraum iHv 501,67 Euro.
Â
39
b) Dieses Einkommen war in keinem Monat des streitbefangenen Zeitraums

bedarfsdeckend. Der Gesamtbedarf der KlĤger belief sich in den Monaten Februar bis Mai 2018 auf insgesamt 1352,18 Euro (dazu 9. e). Nach der sog Bedarfsanteilsmethode (§Â 9 Abs 2 Satz 3 SGBÂ II) entfallen auf den Gesamtbedarf der KIĤger in den Monaten Februar bis Mai 2018 ein anteiliger Bedarf der Klägerin zu 1 von 602,45 Euro, des Klägers zu 2 von 538,87Â Euro und der KlĤgerin zu 3 von 210,86Â Euro. Dem ist, ausgehend vom monatlichen Gesamteinkommen im Bewilligungszeitraum von 501,67Â Euro, ein anteilig zu berücksichtigendes Einkommen der Klägerin zu 1 von 223,51Â Euro, des KIägers zu 2 von 199,93 Euro und der KIägerin zu 3 von 78,23Â Euro gegenüberzustellen, woraus sich in diesen Monaten ein ungedeckter Bedarf der Klägerin zu 1 von 378,94 Euro, des Klägers zu 2 von 338,94Â Euro und der KIägerin zu 3 von 132,63 Euro errechnet. Dem stehen vorläufig gezahlte Leistungen des Beklagten für Februar bis Mai 2018 für die Klägerin zu 1 iHv 477,43 Euro, für den Kläger zu 2 iHv 427,05 Euro und die Klägerin zu 3 von 167,11 Euro gegenüber, sodass ein weitergehender Zahlungsanspruch der Kläger ausscheidet. Da für Juni 2018 ein weitergehender Anspruch der Kläger bereits aus verfahrensrechtlichen Gründen ausscheidet, ist nur der VollstĤndigkeit halber darauf hinzuweisen, dass auch insoweit rechnerisch der anteilige Bedarf durch hå¶here vorlå¤ufige Leistungen gedeckt worden ist.

Â

40

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â§Â 183</u>, <u>193 SGG</u> und folgt dem Ergebnis des Verfahrens.

Â

Erstellt am: 01.09.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024